

QUARTALSBERICHT

Projektland:
Zentralasien
(Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan)
Quartal/Jahr: I/2011

1. Schlagzeilen (Politische und wirtschaftliche Entwicklung):

1.1 Kasachstan

- In Kasachstan wurden für den 3. April 2011 vorgezogene Präsidentschaftswahlen angesetzt.
- Umfrageergebnisse zeigen, dass Präsident Nasarbajew bei der Bevölkerung hohes Vertrauen genießt.
- Islamische Organisationen nehmen immer mehr Einfluss auf das Meinungsbild der kasachischen Bürger.

1.2 Kirgisistan

- Präsidentin Otunbajewa droht dem kirgisischen Parlament mit Auflösung.
- Der kirgisische Generalstaatsanwalt wird nach Korruptionsvorwürfen aus seinem Amt entlassen.
- Kirgisische Opposition versucht, die derzeitige Regierungskoalition zum Scheitern zu bringen.

1.3 Tadschikistan

- Das tadschikische Parlament stimmt der Übergabe von strittigem Territorium an China zu.
- Die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ warnt vor einer nationalen politischen Krise.
- Bewaffnete Gruppierungen aus Afghanistan verlegen Teil ihrer Aktivitäten nach Tadschikistan.

2. Kurzbericht Politik:

2.1 Kasachstan

Am 27. Dezember 2010 wurde im kasachischen Parlament eine Initiativgruppe aus Abgeordneten für die Durchführung eines **Referendums zur Verlängerung der Befugnisse von Präsident Nasarbajew** gegründet. Am 8. Januar 2011 (zwei Tage vor dem Ende der notwendigen Kampagne) waren von den Initiatoren bereits 3,6 Millionen Unterschriften von kasachischen Bürgern, die eine Durchführung des Referendums unterstützten, gesammelt. Am 14. Januar 2011 hat dann das kasachische Parlament einer

Verfassungsänderung zugestimmt, womit der Weg für das Referendum frei war. Wiederum am 31. Januar 2011 hat dann der kasachische Verfassungsrat diese für verfassungswidrig erklärt. Später am 4. Februar 2011 hat schließlich Präsident Nasarbajew **vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den 3. April 2011** angekündigt. Die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten wurde von der Zentralen Wahlkommission am 3. März 2011 abgeschlossen. Insgesamt vier Kandidaten waren für die Präsidentschaftswahlen zugelassen: Der amtierende Präsident Nasarbajew, der Vertreter der „Kommunistischen Volkspartei Kasachstans“ Ahambyl Ahmetbekov, Senator Gani Kasymov und der Ökologe Mels Eleusizov.

Die Zahl der **akkreditierten Wahlbeobachter** für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in Kasachstan betrug 1.059: 357 von der Mission der ODIHR/OSZE, 426 von der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“, 13 von der „Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit“, 7 von der „Organisation der Islamischen Konferenz“, 8 von der „Parlamentarischen Versammlung des Europarats“, 80 von der „Parlamentarischen Versammlung der OSZE“ und 163 Beobachter aus weiteren 25 Ländern. Beim kasachischen Außenministerium waren 90 Vertreter ausländischer Massenmedien akkreditiert.

Gemäß einem Bericht des russischen „Informations- und Analysezentrum für Forschung im postsowjetischen Raum“ und des „Eurasischen Expertenforums“ **vertrauen 75 Prozent der Kasachen dem amtierenden Präsidenten** Nasarbajew. Der derzeitigen kasachischen Regierung bringen nur 56 Prozent der Bevölkerung Vertrauen entgegen.

Ermuhamet Ertysbaev, Berater des kasachischen Präsidenten, hat am 3. April 2011 noch vor Verkündung der vorläufigen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen erklärt, dass „die Wiederwahl von Nursultan Nasarbajew zum Amt des kasachischen Präsidenten eine **umfassende Personalerneuerung auf allen Ebenen der politischen Macht** nach sich ziehen werde“. „Nach den Wahlen am 3. April 2011 solle die Regierung und andere Organe der Exekutive zurücktreten, um dem Präsidenten bei neuen Personalernennungen freie Hand zu gewähren“, führte er weiter aus. „Er selbst sei vom Sieg des amtierenden Präsidenten überzeugt, da auch alle einschlägigen Meinungsumfragen eine breite Unterstützung für Nasarbajew gezeigt hätten“.

Am 11. März 2011 führte der Politologe Nurlan Erimambetov, Leiter des Diskussionsclubs „AitPark“, aus, dass nach seinen Erkenntnissen „islamische Organisationen in den nächsten zehn Jahren großen Einfluss auf die Meinungsbildung der Kasachen ausüben werden“. Er glaubt, dass „es **in Kasachstan echte reaktionäre islamische Kräfte** gibt, die von der Regierung eigentlich bemerkt werden müssten“. Gemäß Erimambetov „sind sie bereits heute eine reale Kraft und haben in Dörfern und vor allem im ländlichen Raum starken Zulauf“.

2.2 Kirgisistan

Die **kirgisische Präsidentin Rosa Otunbajewa** hat am 27. Januar 2011 auf einer Sitzung des **kirgisischen Parlaments mit dessen Auflösung gedroht**, „falls dieses sich weiter mit politischen Spielchen beschäftigen würde“. Dies war ihre Reaktion auf die Forderung einiger Abgeordneter, die Beschlüsse der vergangenen von ihr angeführten Interimsregierung (April – Dezember 2010) zu überprüfen. Die Präsidentin betonte, dass genau mit dieser die Verfassungsreform, das

Referendum über die neue Verfassung und die Parlamentswahlen durchgeführt werden konnten. Sie hat ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass „das Parlament seinen originären Verpflichtungen bei der Verabschiedung von Gesetzesentwürfen, die der Staat und auch die Koalitionsregierung unbedingt benötigen, nachkommen würde“.

Am 2. März 2011 hat Omurbek Tekebajew, Fraktionsvorsitzender der Partei „Ata-Meken“, den **ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Omurbek Babanov der Mitwirkung an Korruption** im kirgisischen Mobilfunkunternehmen „Alfa-Telecom“ (Handelsname „Megacom“) beschuldigt. Er forderte diesen zum sofortigen Rücktritt auf. Babanov entgegnete jedoch, dass er auch unter Einschaltung eines Lügendetektors bereit sei, die Aussagen von Tekebajew zu widerlegen. Am 10. März 2011 hat dann der russische Teilhaber an „Alfa-Telecom“ erklärt, dass Babanov in keinsten Weise in ihr Unternehmen involviert sei. Trotzdem hat das kirgisische Parlament einen Ausschuss gebildet, der die Anschuldigungen des oppositionellen Tekebajew gegenüber dem ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten untersuchen soll.

Später am 16. März 2011 hat dann Asamat Mursaliev, der zur Zeit vom kirgisischen Staat eingesetzte Geschäftsführer von „Alfa-Telecom“ auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, dass aus dem Unternehmen illegal 400.000 USD an die Firma der Ehefrau von **Kubatbek Baibolov, dem amtierenden kirgisischen Generalstaatsanwalt**, überwiesen worden wären. Er erklärte sich bereit, alle diesbezüglichen Dokumente den zuständigen Behörden vorzulegen. Noch am gleichen Tag setzte Präsidentin Otunbajewa eine gemischte Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des „Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit“ ein, die sich mit der Angelegenheit befassen soll. Bereits am 17. März 2011 verlangte die parlamentarische Fraktion der Partei „Respublika“ die Entlassung des Generalstaatsanwalts. Als Grund wurden die schweren Anschuldigungen im Zusammenhang mit seiner angeblichen Involvierung in die Korruptionsaffäre um das Unternehmen „Alfa-Telecom“ angegeben. Am 31. März 2011 hat die kirgisische Präsidentin den beschuldigten Baibolov schließlich **aus seinem Amt entlassen**. Offizielle Begründung dafür waren moralisch-ethische Zweifel an seiner Person und der Interessenkonflikt, der sich aus der Arbeitsbeziehung der Firma der Frau des Generalstaatsanwalts mit dem Unternehmen „Alfa-Telecom“ ergibt.

Am 9. März 2011 ließ die parlamentarische Fraktion der Partei „Respublika“ verlautbaren, dass die Anschuldigungen gegen ihren Vorsitzenden Babanov lediglich ein **Manöver der Opposition sei, die derzeitige Regierungskoalition zum Scheitern zu bringen**. Am gleichen Tag gab die parlamentarische Fraktion der Partei „Ata-Dschurt“ bekannt, dass sie aus der jetzigen Regierungskoalition austreten würde, falls sich die Vorwürfe gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Babanov als wahr herausstellen würden. Am 11. März 2011 haben schließlich die drei Parteien der heutigen Regierungskoalition beschlossen, einen Koalitionsrat einzurichten, dem die Fraktionsvorsitzenden und jeweils drei Abgeordnete jeder Partei angehören sollen. Am gleichen Tag gab der Vorsitzende der parlamentarischen Fraktion „Ata-Dschurt“, Kamschybek Taschiev, bekannt, dass seine Partei in der derzeitigen Dreier-Regierungskoalition verbleiben wird.

Am 14. März 2011 hat die kirgisische Präsidentin das Gesetz ratifiziert, mit dem einem bisher namenlosen kirgisischen 4.446 Meter hohen Berg im Regierungsbezirk Tschui der geographische Name **„Gipfel**

von Vladimir Putin“ gegeben wird. Es sollen damit die großen Verdienste des russischen Ministerpräsidenten um die Kirgisische Republik gewürdigt werden.

2.3 Tadschikistan

Am 12. Januar 2011 stimmte das Unterhaus des tadschikischen Parlaments der **Übergabe von strittigem Territorium an China** zu. Mit der Ratifizierung des Gesetzes über die Neuziehung der Grenzen hat Tadschikistan an China 1.100 Quadratkilometer nicht besiedeltes Land in einer durchschnittlichen Höhe von 5.000 Meter über dem Meeresspiegel abgegeben. Verhandlungen hierzu hatten bereits im Jahre 1999 begonnen. Die abgegebene Fläche entspricht 0,7 Prozent des gesamten Territoriums der Tadschikischen Republik. Suhrob Scharipov, Direktor des „Zentrums für strategische Forschungen unter dem tadschikischen Präsidenten“, erklärte am darauffolgenden Tag, dass „Tadschikistan durch die Lösung des alten Streits mit seinem Nachbarn China um strittiges Land zu seiner eigenen Stabilität und Sicherheit beigetragen hätte“.

Ab 1. Januar 2011 wurden in Tadschikistan die Strafen für die staatlich nicht genehmigte Verbreitung von **religiöser Literatur und von Hilfsmitteln jeder Art für die religiöse Ausbildung** verschärft (Herstellung, Verkauf, Import und Export).

Die „**Partei der islamischen Wiedergeburt**“ warnt vor einer **nationalen politischen Krise**. Die Partei betont, dass die Anwendung von Gewalt und das Ausüben von Druck im Rahmen der politischen Auseinandersetzung nicht akzeptabel sind. Gemäß des Sprechers der Partei „ist die Anwendung solcher gesetzeswidrigen und nicht ethischen Methoden gegenüber Politikern, Journalisten und politischen Aktivisten nicht nur ein Verbrechen, sondern bedroht auch die nationale Sicherheit und die Stabilität in der Gesellschaft“. Der Politische Rat der Partei erklärte am 7. Februar 2011, dass „bestimmte staatliche Kräfte ständig auf der Suche nach Feindbildern wären und sich gegenüber Andersdenkenden intolerant verhielten, was im Lande zu einer politischen Krise führen kann“. Es war dies die Reaktion der Partei nach dem Überfall auf Hikmatullo Saifullodoza, Parteimitglied und Chefredakteur der Parteizeitung „Nadshot“ (übersetzt „Rettung“). Dieser hatte dabei schwere Kopfverletzungen davongetragen und wird immer noch behandelt.

Rustam Nasaraov, Direktor der Agentur für Drogenkontrolle unter dem tadschikischen Präsidenten, informierte am 26. Januar 2011, dass die zurückgegangene **Drogenproduktion in Afghanistan** im vergangenen Jahre zu einer Erhöhung des Opiumpreises geführt hätte. Er führte weiter aus, dass „nach Informationen der Drogen- und Kriminalitätsbehörde der Vereinten Nationen die afghanische Opiumproduktion in 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 48 Prozent auf 3.600 Tonnen zurückgegangen ist“. Als Hauptgrund hierfür gilt der Befall der Opiumplantagen mit einem unbekanntem Pilz vor allem in den südlichen Provinzen, in denen 98 Prozent des gesamten afghanischen Opiums erzeugt werden. Im Jahre 2010 erhielt der afghanische Bauer während der Erntezeit 169 USD für ein Kilogramm trockenen Opiums (nach 64 USD in 2009). Nach Angaben der Agentur konnten die tadschikischen rechtsschützenden Behörden im gesamten Jahr 2010 3,9 Tonnen Drogen aus dem Verkehr ziehen (darunter 985 Kilogramm Heroin).

Am 16. März 2011 meldete der Sekretär des tadschikischen Sicherheitsrates, Amirkul Azimov, dass **bewaffnete Gruppierungen aus Afghanistan** Teile ihrer Aktivitäten nach Tadschikistan verlegen würden, ohne dass die Koalitionskräfte der NATO dies behindern würden.

2.4 Weitere Information zu Zentralasien

Siehe hierzu die „Politischen Sonderberichte“ zu den Themen „*Kirgisistan: Hundert Tage neue Regierung*“ vom Februar 2011, „*Kirgisistan engagiert sich für Parlamentarismus*“ vom März 2011 und „*Kasachstan vor den Präsidentschaftswahlen*“ vom März 2011.

3. Kurzbericht Wirtschaft:

3.1 Kasachstan

Im Zeitraum Januar – Februar 2011 ist das kasachische **Bruttoinlandsprodukt** im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozent gestiegen. Die industrielle Produktion stieg dabei um 5,6 Prozent.

Die **Inflation** stieg in Kasachstan alleine in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 um 3,2 Prozent an, was eine aktuelle Jahresinflation von 8,8 Prozent ergibt.

Das **Außenhandelsvolumen** stieg im Januar 2011 im Vergleich zum ersten Monat des Vorjahrs um 5,1 Prozent: Der **Export** fiel dabei um 0,7 Prozent auf 4,23 Mrd. USD, der **Import** stieg um 21,8 Prozent auf 1,79 Mrd. USD.

Alle Angaben basieren auf offiziellen Informationen des „**Nationalen Statistischen Komitees der Republik Kasachstan**“.

3.2 Kirgisistan

Nach Angaben des „**Nationalen Statistischen Komitees der Republik Kirgisistan**“ ist das nationale **Bruttoinlandsprodukt** im Zeitraum Januar – Februar 2011 um 0,7 Prozent gestiegen und lag bei 0,6 Mrd. USD. Gleichzeitig stieg von Januar bis Februar 2011 das **industrielle Produktionsvolumen** um 1,2 Prozent.

Die **Inflation** stieg in Kirgisistan alleine in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 um 4,1 Prozent an, was eine aktuelle Jahresinflation von 20,0 Prozent ergibt.

Das **Außenhandelsvolumen** Kirgisistans betrug im Januar 2011 409,4 Mio. USD: Der **Export** lag bei 186,2 Mio. USD (Anstieg um 32,7 Prozent) und die **Einfuhr** bei 223,2 Mio. USD (Anstieg um 7,2 Prozent).

3.3 Tadschikistan

Nach Angaben des „**Staatlichen Komitees für Statistik der Republik Tadschikistan**“ stieg die tadschikische **industrielle Produktion** im Zeitraum Januar – Februar 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozent auf 260 Mio.USD an.

Die **Inflation** stieg in Tadschikistan alleine in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 um 3,3 Prozent an, was eine aktuelle Jahresinflation von 16,0 Prozent ergibt.

Das tadschikische **Außenhandelsvolumen** stieg in den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 um 46,5 Prozent auf 756,6 Mio. USD an. Der **Export** betrug dabei 264,4 Mio. USD (Anstieg um 43,3 Prozent) und der **Import** belief sich auf 492,2 Mio. USD (Rückgang um 48,3 Prozent).

Dr. Max Meier

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bischkek/Kirgisistan.

IMPRESSUM

Erstellt: 15.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de